

BFF-BIG-Fraktion - Mitteilung 20-2025

„Keine aussichtslosen Prozesse auf Kosten der Bürger“ BFF-BIG will Dezenten zur Verantwortung ziehen

Regelmäßig verliert die Stadt Frankfurt Gerichtsprozesse, die von vornherein aussichtslos sind. Beispiele wie durch das Verwaltungsgericht aufgehobene Versammlungsverbote oder das gescheiterte Verbot eines Konzerts von Roger Waters in der Festhalle zeigen: Solche Verfahren kosten die Stadt Unsummen – zu Lasten der Steuerzahler.

Uwe Schulz, rechtspolitischer Sprecher der BFF-BIG-Fraktion, kritisiert: „Verantwortliche Dezenten müssen die Erfolgchancen von Prozessen juristisch sorgfältig prüfen. Politische oder populistische Motive dürfen keine Rolle spielen.“ Die BFF-BIG-Fraktion fordert daher in einem Antrag, dass die Stadt künftig Schäden aus aussichtslosen Gerichtsverfahren von den verantwortlichen Dezenten im Wege der Amtshaftung zurückfordert.

Nach § 48 des Beamtenchutzgesetzes haften Beamte für Schäden, die durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzungen entstehen. Dies gilt auch für kommunale Wahlbeamte. „Die Kosten solcher Prozesse dürfen nicht den Bürgern aufgebürdet werden“, betont Schulz. Mit ihrem Antrag wollen die Stadtverordneten von BFF-BIG sicherstellen, dass der Magistrat zukünftig Gerichtsverfahren ohne realistische Erfolgsaussichten vermeidet und damit Steuergelder geschützt werden.

Frankfurt am Main, 6. Mai 2025